

# Geld aus Berlin – die trügerische Hoffnung

Minister Zeil sagt, dass der Bund Vorschüsse für die zweite Stammstrecke zurückzahlt – einen Beleg dafür hat er nicht

Martin Zeil hat dieser Tage ein Lieblingswort. Es heißt Vorfinanzierung. Die soll alle Probleme des FDP-Verkehrsministers beim Bau der zweiten S-Bahn-Stammstrecke lösen. Am Donnerstag packte Zeil das Wort gleich vier Mal in eine Pressemeldung, in der der Minister die Landeshauptstadt und die MVV-Landkreise eindringlich aufrief, ihren Beitrag am Zwei-Milliarden-Projekt – 350 Millionen Euro – zu leisten. Es gehe schließlich „nur“ um eine Vorfinanzierung, „die der Bund zurückerstattet, und nicht um eine endgültige Kostenübernahme“.

Woher Zeil seinen Optimismus nimmt, ist sein Geheimnis. Ein Schriftstück aus Berlin, das bestätigt, der Bund zahle zurück, gibt es nicht. Im Gegenteil: Bundesfinanzminister

Wolfgang Schäuble (CDU) hatte in einem Brief an Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) bereits klargemacht, dass es für eine Prüfung der Gesamtfinanzierung „unabdingbar“ sei, „dass die Landeshauptstadt München als hauptsächlichlicher Nutznießer dieser Baumaßnahme einen der Verkehrsfunktion für die Stadt angemessenen hohen Anteil an den Finanzierungskosten einschließlich etwaiger Vorfinanzierungskosten übernimmt“. Das heißt: Es ist zumindest höchst ungewiss, ob Geld jemals an Stadt und Landkreise zurückfließt. OB Christian Ude (SPD) sprach deshalb schon von einem verlorenen Baukostenzuschuss. Die Geschichte mit der Vorfinanzierung sei nur ein „plumper Täuschungsversuch“.



**Martin Zeil (FDP)**  
verfolgt eisern den Bau  
der Stammstrecke. DPA

In der Regierungskoalition weiß man, dass die fragwürdige Rückzahlung die offene Flanke ist beim Versuch, Ude zum Zahlen zu bewegen. Der Bund habe bisher keine Antwort geliefert, wann und unter welchen Bedingungen das Geld zurückfließen könnte, heißt es hinter vorgehaltener Hand. Wie sollte er auch? Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) verkündete erst am

Montag einmal wieder, der Bund könne nur 200 Millionen Euro beisteuern. Mehr nicht. Nun soll sich Seehofer selbst um ein Papier aus Berlin bemühen, dass die Rückzahlung irgendwie in Aussicht stellt.

In Zeils Verkehrsministerium gilt derweil das Prinzip Hoffnung. „Wir gehen davon aus, dass der Bund seinen Verpflichtungen nachkommt“, sagt Sprecherin Bettina Bäumlisberger. Sonst hätte die Staatsregierung ja schlechterdings selbst 350 Millionen Euro zur Vorfinanzierung in den Nachtragshaushalt des Freistaats einstellen können.

Was als Begründung dafür taugen soll, dass das Geld auch zurückfließt, ist ein Risiko. Zahlt der Bund nicht, steigen die Kosten für den Freistaat enorm. Zur eigentlichen Betei-

ligung von 950 Millionen Euro kämen weitere 350 Millionen – macht 1,3 Milliarden.

Damit nicht genug. Es gilt als wahrscheinlich, dass der Tunnel teurer wird als zwei Milliarden Euro. 500 Millionen sind als Risiko bereits einkalkuliert. 100 bis 200 Millionen davon müsste der Freistaat übernehmen, was Bayerns Anteil auf 1,4 Milliarden Euro steigern würde. Wer die 300 Millionen des Bundes übernimmt, ist dann immer noch offen.

Die Unsicherheit mit der Vorfinanzierung ist auch nicht ganz neu. In den 90er-Jahren war der Freistaat schon einmal zum Ausbau der Fachhochschulen in Vorleistung für den Bund gegangen, der sich dann zumindest teilweise um eine Rückzahlung drückte.

**MATTHIAS KRISTLBAUER**